

Stadtteilarbeit, Basisorganisation und Revolution: All Power to the People!

Ein Zwischenstandsbericht

Die radikale Linke in der BRD.....	2
Die Strategiekonferenz „lasst uns reden“	3
Die radikale Linke in Münster.....	4
Das Strategietreffen.....	7
ROSA und die Notwendigkeit von (revolutionärer) Organisation.....	8
Revolution als Prozess.....	9
Von unten!.....	10
Selbstverständnis als Initiativkräfte.....	11
Für den Aufbau einer organisierten sozialen Bewegung.....	12
Eine revolutionäre Linke aufbauen.....	13
Internationalismus!.....	14
Fragend schreiten wir voran.....	15
Politische Bildung.....	15
Wofür wir kämpfen.....	16
Feierabendpolitik gemeinsam überwinden.....	16
Überregionale Organisation.....	17
Ausblick.....	17

Nach fünf Jahren der Entwicklung von ROSA, der Strategiekonferenz in Münster und einer bundesweiten Debatte zur strategischen Neuausrichtung der Linken ist es an der Zeit für einen Rückblick. Mit diesem Zwischenstandsbericht möchten wir unsere bisherige Arbeit reflektieren und darlegen, aus welchen Beweggründen und Bedingungen sie sich entwickelt hat. Dabei geht es nicht nur um einen Blick zurück auf das, was wir (noch nicht) erreicht haben, sondern auch um unsere Visionen für die Zukunft. Unsere Entwicklung ist seit Beginn geprägt von lokal und bundesweit stattfindenden Strategiedebatten und unseren eigenen Erfahrungen aus Prozessen innerhalb der Münsteraner Linken. Deshalb wird unser Bericht eingebettet sein in eine (selbst-)kritische Reflexion der Praxis der radikalen Linken in Münster und insbesondere der Strategiekonferenz „lasst uns reden!“, welche 2016 stattgefunden hat.

Seit Beginn unserer Organisation vor fünf Jahren hatten wir an uns selbst den Anspruch, uns nicht bloß in einer weiteren Kleingruppen-Organisation zu isolieren, sondern begreifen unsere Erfahrungen als Teil eines kollektiven Suchprozesses nach einer Neuausrichtung unserer Politik, die die Marginalisierung der radikalen und revolutionären Linken überwinden will. Aus den Erfahrungen anderer Genoss*innen und vorangegangener Prozesse zu lernen ist essenziell, um eine wirkmächtige Bewegung von unten und links aufzubauen. Darum möchten wir hiermit einen Beitrag dazu leisten, Wissen und Erfahrungen zugänglich zu machen und in die radikale Linke zurück zu tragen. Konkret soll aufgezeigt werden, was aus dem Prozess der Strategiekonferenz in Münster entstanden ist – mit der Hoffnung, dass dies auch für Beteiligte an der Debatte anderswo nützlich ist. In Folge der Strategiediskussionen haben wir uns intensiv mit der Theorie und Praxis

revolutionärer Basisarbeit beschäftigt. Da wir überzeugt sind von der Notwendigkeit von Basisorganisation für einen emanzipatorischen Wandel, wollen wir unsere Erfahrung aus der bisherigen Praxis und den Stand unserer aktuellen Diskussion teilen.

Eine erste, lange Phase der Diskussionen und eine darauf folgende Zeit des Ausprobierens unseres Ansatzes der revolutionären Stadtteilarbeit in der Praxis liegen hinter uns. Wir sind bereit, diese Praxis nun organisiert weiterzuverfolgen. Dabei wollen wir unser Wissen zur Verfügung stellen und gemeinsam mit weiteren Genoss*innen die nächsten Schritte gehen. Somit dient dieser Zwischenstandsbericht nicht nur der öffentlichen Reflexion, sondern ist eine Einladung sich mit unserer Strategie und unseren Erfahrungen auseinanderzusetzen, um gemeinsam einer wirkmächtigeren revolutionären Politik näher zu kommen. Parallel dazu organisieren wir uns auch weiterhin als ROSA.

Bevor wir konkret zur Arbeit von ROSA, unseren Annahmen und Vision einer Organisation kommen, soll zum besseren Verständnis zunächst der Kontext unserer Entstehung nachgezeichnet werden. Der erste Teil beschreibt daher die Situation der radikalen Linken in Münster und der BRD, unsere damalige Kritik an linker Praxis und die vor diesem Hintergrund abgehaltene Strategiekonferenz 2016 in Münster. Schließlich wird eine Chronik der Entwicklung von ROSA aus der Konferenz folgen, sowie eine Darstellung unserer theoretischen Grundannahmen und ein Ausblick.

Die radikale Linke in der BRD

Die Strategiekonferenz „lasst uns reden“ muss im Kontext einer breiter stattgefundenen Strategiedebatte innerhalb der radikalen Linken verstanden werden, die bereits in den Jahren vor 2016 eine gewisse Dynamik entwickelt hatte. Beginnen wollen wir deshalb mit einem Blick auf die bundesweiten politischen Entwicklungen zu dieser Zeit, die diese Debatte prägten. Anschließend wird der Bogen zurück nach Münster gespannt für eine Reflexion der Situation vor Ort, wo vor diesem Hintergrund die Strategiekonferenz stattfand.

Die Situation der radikalen Linken in Münster und unser Erleben der damaligen Zeit waren geprägt von den überregionalen Kampagnen, Kämpfen und Debatten. An drei der zentralen Erfahrungen und Debatten von damals wollen wir hier erinnern:

1) Mit den Krisenprotesten rund um Blockupy wurde 2015 der Versuch unternommen, angesichts der Krise im Finanzsektor eine linksradikale und antikapitalistische Perspektive auf diese Entwicklungen starkzumachen. „Endlich“, könnte man sagen, denn bis dato war es nicht gelungen, den Prozessen einer Verschärfung von Klassenkonflikten und einer Politik des intensivierten Sozialabbaus etwas entgegenzusetzen. Weder auf der großen politischen Ebene, noch in dem Aufbau einer sozialen Bewegung von unten – von denjenigen, die zuallererst von diesen Entwicklungen betroffen sind. Konnte in den Blockupy-Protesten zwar eine transnationale Vernetzung linksradikaler Akteure breite und an die Zivilgesellschaft anschlussfähige Proteste auf die Beine stellen, zeigte sich doch auch hierin eine grundlegende Problematik unserer bisherigen Praxis: Der radikalen Linken fehlte es an einer längerfristigen Organisations- und Klassenperspektive.¹ Was passiert nach diesen Mobilisierungen? Wo sind linke und linksradikale Positionen für diejenigen Menschen im Alltag wahrnehmbar, die am stärksten von den Auswirkungen des kapitalistischen Systems betroffen sind? Wie können wir es schaffen, über den kleinen Rahmen unserer eigenen Szene oder Bewegung hinaus immer mehr Menschen von unseren Positionen zu überzeugen und gemeinsam eine schlagfertige Bewegung aufzubauen, die kontinuierlicher organisiert ist als bloß zu einzelnen Events?

2) Ein weiteres Thema war dabei für unseren gesellschaftlichen Kontext von zunehmender Bedeutung: das Erstarken rechter politischer Akteure rund um PEGIDA und die AfD. Auch aus dem Antifa-Spektrum wurde in dieser Zeit die (Selbst-)Kritik an der eigenen Praxis größer. Die

1 □ Vgl. z.B. „Der kommende Aufprall“ von der Gruppe Antifa, Kritik & Klassenkampf.

Strategie, rechtsextreme Akteure mittels Skandalisierung gesellschaftlich zu isolieren, war in Bezug auf die neue Rechte an ihre Grenzen gestoßen. Zum einen, weil man alleine aufgrund der Größe und gesellschaftlichen Anschlussfähigkeit dieser Bewegung gar nicht mehr hinterherkommen würde; zum anderen, weil beispielsweise die AfD genau diese Gegen-Strategie aufgegriffen hatte und sich umso mehr zum Opfer einer „linken Meinungsdictatur“ stilisieren konnte. Diese Problematik führte vor allem unter Antifa-Gruppen damals zu einigen Debatten. Es fehlte an Strukturen, aber auch inhaltlichem Programm, um diejenigen Menschen mit eigener Politik zu erreichen, die womöglich aus einer diffusen Unzufriedenheit drohten, sich eher rechten als linken Akteuren zuzuwenden. Und: Erklärtes Ziel sollte es ja trotz allem bleiben, nicht nur die Feuerwehr der bürgerlichen Gesellschaft zu sein und das schlimmste Übel zu verhindern, sondern durch eine veränderte Praxis eine antifaschistische revolutionäre Perspektive beizubehalten.

3) Spätestens mit der Befreiung von Kobane 2014 ist die kurdische Freiheitsbewegung rund um die PKK zunehmend zu einem Bezugspunkt auch der antiautoritären radikalen Linken in der BRD geworden. Wir haben eine Bewegung kennengelernt, die es schaffte, einen tatsächlich revolutionären Prozess zu gestalten, der nicht nur in der Lage ist, das Schlimmste zu verhindern, sondern gleichzeitig in Nordsyrien aktiv ein gänzlich anderes – ökologisches, feministisches und basisdemokratisches – Gesellschaftssystem aufzubauen. Diese Bewegung formuliert nicht nur (abstrakte) Kritik an den bestehenden Verhältnisse, sondern schafft es, gemeinsam mit den Menschen vor Ort Selbstorganisation von unten zu stärken und basisdemokratische Strukturen aufzubauen, die der gesamten Gesellschaft offenstehen. Für viele von uns wurden Rojava und die kurdische Freiheitsbewegung zu einem Hoffnungsschimmer und zu einem Projekt, das deutlich macht, dass ein grundsätzlich anderes Zusammenleben der Menschen möglich ist und es sich lohnt dafür zu kämpfen.²

Die Umstände, unter denen wir in den Prozess um eine Neuausrichtung linksradikaler Politik gestartet sind, waren also geprägt von einer bundesweit geführten Strategiedebatte vor dem Eingeständnis der eigenen Unzulänglichkeiten. An vielen Orten sind unabhängig voneinander Texte erschienen, die sich vor dem Hintergrund der Finanzkrise 2008 oder dem Aufstieg der rechten Bewegungen mit einer Kritik an bisheriger linksradikaler Politik und möglichen Perspektiven beschäftigt haben. Das Gefühl der Orientierungslosigkeit innerhalb der radikalen Linken und das Fehlen einer revolutionären Perspektive waren weit verbreitet und war aus verschiedenen Strömungen vernehmbar. In diesem (losen) Suchprozess konnten die Erfahrungen und Erfolge der Revolution in Rojava – neben dem Wissen darum, dass sich viele Genoss*innen mit ähnlichen Fragen beschäftigen – ein Gefühl der Hoffnung und eines gemeinsamen Aufbruchs erzeugen.

Die Strategiekonferenz „lasst uns reden“

Vor dem Hintergrund dieser skizzierten gesellschaftlichen Entwicklungen sowie einer Unzufriedenheit mit der lokalen Praxis hat im November 2016 die Strategiekonferenz „lasst uns reden“ in Münster stattgefunden. Aus verschiedenen Motivationen hatten sich knapp 100 Genoss*innen zusammengefunden, um die Strategiedebatte auch im lokalen Kontext in Münster zu führen.³ Nach über einem halben Jahr Vorbereitungszeit waren Gruppen und Einzelpersonen eingeladen zu einer gemeinsamen Bestandsaufnahme und Reflexion linksradikaler Praxis in Münster. An diesem Wochenende sollte die Organisation in viele Kleingruppen, die jahrelang wenig bis nichts miteinander zu tun gehabt hatten, aufgebrochen werden, um allgemein über Ziele in der radikalen Linken, Strategien und Organisation zu diskutieren. Im Vorhinein wurde bereits

²Besonders die „Challenging Capitalist Modernity“ Konferenzen des Network for an Alternative Quest stellten einen Verbindungspunkt dar, um uns mit der kurdischen Freiheitsbewegung, ihrer Theorie und der praktischen Selbstverwaltung zu beschäftigen und dies gleichzeitig in Bezug zu revolutionären Ansätzen und Bewegungen weltweit zu setzen. Mehr zu der Konferenz-Reihe unter: <http://www.networkaq.net/en>.

³Zwei Einflüsse waren damals maßgeblich: zum einen die bundesweite Strategiekonferenz der IL und andererseits der bereits 2015 in Münster erschienene Text „...wir müssen reden“ der Gruppe Komitee für eine revolutionäre Perspektive.

ein Reader veröffentlicht, in dem verschiedene Gruppen Positions- oder Kritikpapiere veröffentlicht hatten.⁴

Die Zeit um 2016 war dementsprechend auch in Münster von einer gewissen Aufbruchsstimmung geprägt. Wir hatten wahrgenommen, dass sich nicht nur einige wenige, sondern viele Menschen in der Stadt wie im gesamten deutschsprachigen Raum ähnliche Fragen stellten und damit durch dieselbe Hoffnung verbunden waren. Es entstand das Gefühl eines gemeinsamen Suchprozesses bzw. der kollektiven Bereitschaft zu einem solchen. Dazu sollte zunächst herausgestellt werden, welche Akteure und Personen sich in der Stadt überhaupt der radikalen Linken zuordnen, wer diese Personen sind, was sie motiviert und was sie verbindet. Es sollte „das Gemeinsame“ gefunden werden, aus dem eine neue Form der politischen Praxis und revolutionären Politik entstehen können. Weniger Platz gab es für die Diskussion um Theorie und Gesellschaftsanalyse sowie das Wissen über eine linke Geschichte. Trotzdem hat die Konferenz zunächst ihre Aufgabe, Auftakt für eine (lokale) Suchbewegung zu sein, erfüllt. Es gelang, ein Wochenende lang über große Fragen linksradikaler Politik zu diskutieren. Somit wurde auch ein kollektiver Moment geschaffen, der der weiteren Suchbewegung den Rücken stärkte.

Die radikale Linke in Münster

Wir wollen nun den damaligen Zustand der Münsteraner Linken genauer beschreiben und die damit verknüpften Kritikpunkte darstellen, die auf der Strategiekonferenz und darüber hinaus von uns diskutiert wurden. Einige von uns waren Teil dieser im Folgenden beschriebenen Prozesse. Es geht uns also darum (auch selbstkritisch) einige Erfahrungen darzustellen, die Hintergrund für unseren Suchprozess nach einer Neuausrichtung linksradikaler Praxis und Organisation waren. Wir sprechen über Erfahrungen, die wir zu der Zeit innerhalb der autonomen und subkulturellen Linken gemacht haben. Also einem Spektrum der radikalen Linken, welches sich außerparlamentarisch organisiert, sich als undogmatisch und antiautoritär versteht und der Entwicklung einer gegenhegemonialen Kultur eine wichtige Rolle beimisst. Wir sind uns bewusst, dass dies nicht die gesamte radikale Linke einschließt und es andere Orte für linksradikale Politik gab und gibt. Die meisten von uns haben aber in eben dieser „Szene“ ihre ersten politischen Erfahrungen gesammelt, was den Fokus der folgenden Betrachtung erklärt. Was folgt, ist eine Beschreibung damaliger Probleme der radikalen Linken in Münster und die daran anknüpfenden Überlegungen auf der Konferenz und darüber hinaus.

1) Das Fehlen von gemeinsamen Orten: Mit dem DonQuijote/Krachts in der Nieberdingstraße war der zu seiner Zeit letzte Ort verlorengegangen, der als Treffpunkt vieler Gruppen sowie als Ort für politische und kulturelle Veranstaltungen gedient hatte. Eine verhältnismäßig breite Bewegung hatte diesen Wegfall zum Ausgangspunkt genommen und versucht, durch das Mittel von Besetzungen einen solchen Raum (wieder) zu erkämpfen. Der Höhepunkt dieser Bewegung war sicherlich die Besetzung des alten Zollamts in der Sonnenstraße. Hier wurden schon punktuell veränderte Ansprüche an die eigenen Strukturen deutlich: Man wollte sich nicht nur ein eigenes Wohnzimmer schaffen, sondern einen Ort, der auch Menschen offensteht, die bisher wenig Berührungspunkte mit linksradikaler Politik hatten. Basisdemokratisch und selbstorganisiert von unten sollten in diesem Projekt Strukturen geschaffen werden, die ein anderes Zusammenleben ansatzweise erfahrbar machen. Nach der Räumung wurde es allerdings nicht geschafft, eine Kontinuität beizubehalten und diese Ansätze weiterzuentwickeln. Trotz weiterer Besetzungsversuche wurde das Ziel eines sozialen Zentrums nicht erreicht. Anstatt eine längerfristige Organisation zu verfolgen, hatten die aufeinander folgenden Besetzungen eher den Charakter von temporären Projekten.

⁴ □ Der Reader der Strategiekonferenz ist hier einsehbar: <https://rosams.blackblogs.org/historie/>.

2) Das Fehlen einer kontinuierlichen Praxis: Mit dem Ende des Wartburgschulen-Camps⁵ haben einige Aktivist*innen – ähnlich wie nach den Besetzungen – die Erfahrung gemacht, „in ein Loch zu fallen“. Plötzlich war all das weg, was man sich in den letzten Wochen aufgebaut hatte, all die Campstrukturen, aber vor allem auch entstandene Beziehungen und begonnene Prozesse der Politisierung. Auch hier wurde es nicht geschafft, eine Kontinuität über dieses konkrete Ereignis hinaus zu erreichen und Menschen in eine Organisationsstruktur zu integrieren, die in der Lage war, auch über das Bestehen eines Camps hinaus gemeinsam zu agieren.

Aus solchen und ähnlichen Erfahrungen ist – unter anderem in Münster – eine (Selbst-)Kritik entstanden, in welcher Aktivist*innen sich gefragt haben, wie politische Arbeit kontinuierlicher mit dem eigenen Alltag verbunden werden kann. Antworten auf diese Frage wurden dann beispielsweise in linken Wohnprojekten oder Arbeitskollektiven gefunden. Kann ein solcher Ansatz den Widerspruch zwischen eigenem Alltag und politischer Arbeit vermeintlich auflösen, entsteht jedoch die Problematik, sich durch die Schaffung eigener Strukturen auch weiter vom Alltag der lohnabhängigen Klasse zu entfernen⁶. Die Frage bleibt offen, wie das Leben in diesen alternativen, aber isolierten Strukturen mit einer Praxis in Zusammenhang gebracht werden kann, die auf die Selbstorganisation und Selbstermächtigung der Unterdrückten insgesamt abzielt.

Subkultur statt Klassenperspektive

Anschließend daran wurde eine Kritik formuliert, die nicht nur bei dem eigenen Alltag der Aktivist*innen ansetzen wollte, sondern beanstandete, dass wir es über einzelne Projekte hinaus als radikale Linke bislang nicht schafften, mit politischer Arbeit kontinuierlich im Alltag der Ausgebeuteten und Unterdrückten präsent zu sein. Ein großer, darauf aufbauender Diskussionspunkt auf der Konferenz war der Rückzug der autonomen Linken in eine identitäre Subkultur und eine Organisationsform der autonomen Kleingruppen. In der Tradition der Autonomen funktionierte die politische Organisation nicht anhand von transparenten Strukturen, sondern anhand von persönlichen Beziehungen innerhalb einer subkulturell geprägten Szene. Dass dies kein anschlussfähiges Organisationsangebot für Menschen außerhalb des eigenen Milieus ist, liegt auf der Hand.

Die Anziehungskraft der Szene ergibt sich durch den scheinbaren Kontrast zur Gesellschaft: Insbesondere junge Menschen suchen und finden in der Szene zumindest vorübergehend eine Alternative zu Ausgrenzung, Diskriminierung, Vereinzeln und Leistungsprinzip. Die Subkultur ist somit Rückzugsort und Rebellion gegen den unzumutbaren Status quo. In dieser Sichtweise wurde „die Gesellschaft“ häufig gleichgesetzt mit der Reaktion – alle waren tendenziell Faschist*innen, Sexist*innen, Rassist*innen. Demgegenüber erschien die Szene als vermeintlich antifaschistisch, antisexistisch, antirassistisch. Dies verunmöglichte das Denken eines revolutionären Wandels, da wir selbst der Gesellschaft, den Menschen außerhalb der Szene, feindlich gegenüberstanden.⁷ Die Szene diente uns demnach als Schutzraum vor dieser Mehrheitsgesellschaft und nicht mehr als Rückzugsort, um von dort aus gestärkt und mit einer gemeinsamen politischen Vision in die Gesellschaft zu intervenieren. Durch diesen einseitigen Blick auf Gesellschaft wurde vergessen, dass die Menschen nicht nur Mittäter*innen sind, sondern ein Großteil auch stark unter diesen Verhältnissen leidet. Eine Befreiung kann nur durch einen gemeinsamen Kampf der Ausgebeuteten und Unterdrückten möglich sein, der sich in erster Linie nicht gegeneinander wendet, sondern gegen dieses System von Ausbeutung und Unterdrückung.

⁵ Das Camp wurde errichtet, um die Abschiebung der Bewohner*innen dieser Geflüchtetenunterkunft zu verhindern: <http://buendnismuenster.blogspot.eu/aktionen/wartburgschule-camp/solidarisches-protestcamp/>

⁶ □ Hierbei wird der kollektiv gesellschaftliche Weg hin zu Alternativstrukturen übersprungen, die es eben als wirkliche Alternative erst in einer nicht-kapitalistischen Gesellschaft geben kann: Anstatt den alltäglichen Raum mehr gemeinsam zu verhandeln, Verbindungen zu zwischen den Unterdrückten aufzubauen und gemeinsam zu kämpfen, wird so der politische Raum ins Private verlagert.

⁷ □ Eine umfassende Szenekritik findet sich in den „11 Thesen über Kritik an linksradikaler Politik, Organisation und revolutionäre Praxis. Für eine grundlegende Neuausrichtung linksradikaler Politik – Kritik & Perspektiven um Organisation und revolutionäre Praxis“ von Kollektiv Bremen: <https://de.indymedia.org/node/9708>.

Schließlich machte diese Selbstisolierung Platz für eine politische Umorientierung: „Raus aus der Szene – rein in die Gesellschaft“ wurde zu einer geläufigen Parole. Es setzte sich die Erkenntnis durch, dass wir als Teil der Ausgebeuteten und Unterdrückten gemeinsam gegen dieses gewaltvolle System kämpfen müssen.

3) Wenig umfassende Organisierung: Ein weiteres, mit der Diskontinuität linker Praxis verschränktes Problem war, dass in Münster 2016 neben der Interventionistischen Linken innerhalb der (Post-)Autonomen Linken keine nennenswerte Gruppe mehr existierte, die den Anspruch einer umfassenden antikapitalistischen, und damit einzelne Themenbereiche verbindenden, Praxis verfolgte. Mit der Auflösung von PlanA war ein solcher Versuch aus dem anarchistischen Spektrum 2015 gescheitert. Wenig später löste sich zudem auch die Emanzipatorische Antifa Münster nach längerer Inaktivität auf. Geblieben sind viele verschiedene (Klein-)Gruppen, die zu jeweils ihrem Themenbereich arbeiteten. Um dieser zunehmenden Trennung entgegenzuwirken, gab es Versuche der Vernetzung, beispielsweise des feministischen Spektrums durch das queere feministische Vernetzungstreffen, welche jedoch aufgrund von politischen Differenzen, identitätspolitischen Ausschlüssen sowie einer fehlenden gemeinsamen Perspektive scheiterten.⁸

Wir selbst und der Großteil der außerparlamentarischen und antiautoritären radikalen Linken organisierten uns also

in Kleingruppen mit eigenen Themenschwerpunkten. Die Kämpfe in dem jeweiligen Themengebiet [wurden] jedoch selten als gemeinsame Kämpfe gegen die bestehenden Gesamtverhältnisse praktiziert und [fanden] daher oft isoliert voneinander statt. Dies [hatte] zur Folge, dass unterschiedliche Strukturen meist nicht gemeinsam [handelten], sondern weiterhin in kleinen Gruppen [arbeiteten], die größtenteils kaum handlungsfähig [waren]. (Komitee für eine revolutionäre Perspektive 2015)⁹

Eine gewisse Organisationsfeindlichkeit hielt Aktivist*innen in einem Zustand der Überforderung (oder aber in einem Zurückschrauben der politischen Ansprüche): Eine Kleingruppe von ca. 10 Genoss*innen, die zudem auch noch in Ausbildung oder Lohnarbeit eingebunden sind, hat es schwer, Theorie und Praxis unter einen Hut zu bringen. Oft gelang es in diesen Zusammenhängen nicht, neue Genoss*innen einzubinden und Erfahrungen entsprechend weiterzugeben. Diese Kapazitäten-Knappheit war ein Grund, die eigene Praxis auf einzelne politische Themen zu begrenzen und so zwangsläufig Teilbereichskämpfe zu führen. Die Entwicklung einer umfassenden antikapitalistischen Perspektive und entsprechenden politischen Praxis geriet aus dem Blickfeld. Personelle Fluktuation machte zudem den Aufbau einer langfristigen, sich weiterentwickelnden Praxis sowie kontinuierliche Theoriebildung schwierig und legte eine politische Praxis nahe, die sich auf einzelne Kampagnen, Demonstrationen und Events fokussierte. Im Allgemeinen gelten Kleingruppen als antiautoritäre Form der Organisierung, in der gleichberechtigte Beteiligung ermöglicht wird sowie Erfahrungen mit Selbstorganisation gemacht werden können. Demgegenüber erscheinen arbeitsteilige Organisationen und große Zusammenhänge oft als autoritär. Wir halten aber gerade das Modell von autonomen Kleingruppen für sehr anfällig für starke (informelle) Hierarchien und Ungleichheiten, denen dort durch die größere Bedeutung von persönlichen Beziehungen viel schwieriger begegnet werden kann.

4) Eine fehlende revolutionäre Perspektive: Das Resultat der Kleingruppenorganisation war, wie angedeutet, die Aufteilung nach Teilbereichskämpfen. Auch in Münster arbeiteten Gruppen weitestgehend isoliert voneinander und waren kaum über gemeinsame Diskussionen miteinander verbunden. Diese Organisationsform führte dazu, dass keine gemeinsame revolutionäre Perspektive artikuliert werden konnte, die gleichzeitig an eine geteilte Praxis angebunden war. So verkam die Erkenntnis, dass es einen revolutionären Wandel brauchte – wie es zwar in vielen Redebeiträgen,

⁸ □ Siehe dazu auch den Beitrag „Für Feminismus“ (S. 25-29) im Reader der Strategiekonferenz.

⁹ □ Die Broschüre „...wir müssen reden. Gedanken zur Perspektive linksradikaler Politik in Münster“ ist zu finden unter: <https://rosams.blackblogs.org/historie/>.

Artikeln usw. formuliert wurde – zur abstrakten Phrase. Die Frage, wie dies geschehen kann, was und wen es dafür braucht, blieb zwangsläufig offen.

Für uns war es aus diesem Grunde damals zentral, die Teilung innerhalb der (lokalen) radikalen Linken zu überwinden und eine revolutionäre Perspektive zu entwickeln, die sich per Definition nicht auf einzelne Themen reduzierte, sondern die alle Bereiche des Lebens umfasste. Hierfür entscheidend war eine radikale Kritik der Verhältnisse, die nicht durch die addierte Kritik an einzelnen Themen ersetzt werden konnte. Wir wollten nicht nur eine abstrakte Systemkritik formulieren, sondern auch eine Perspektive zur Überwindung dieser Verhältnisse und damit eine entsprechende Praxis entwickeln. Eine revolutionäre Perspektive konnten wir damals in der Ausrichtung unserer eigenen Praxis nicht erkennen, obwohl eine radikale Veränderung der Gesellschaft unser Ziel war.

In dieser Zeit haben wir und viele unserer Genoss*innen also immer wieder die fehlende Kontinuität unserer Praxis und Organisationsstrukturen erfahren. Gute Projekte wurden mit sehr viel Aufwand und Energie ins Leben gerufen und konnten für eine Zeit lang Orte für emanzipatorisches Denken und Handeln schaffen. Solche fielen dann aber wieder weg und hinterließen ein Loch – in linksradikaler Praxis in dieser Stadt, aber vor allem auch bei uns selbst. Vieles, was wir taten, fühlte sich an, wie die Wiederholung derselben Muster, ohne dass wir in dieser Praxis eine weitergehende Perspektive erkennen konnten. Stattdessen setzte sich immer wieder ein Zustand der Vereinzelung durch. Die bundesweiten wie lokalen Ereignisse und Debatten haben uns vor grundlegende Fragen gestellt: Passt unsere politische Praxis zu unseren Zielen eines revolutionären Wandels? Wie stellen wir uns revolutionären Wandel vor? Was ist darin die Aufgabe der radikalen Linken?

Die oben nachgezeichnete Kritik an der damaligen lokalen Praxis war nicht nur inspiriert durch die aktuellen bundesweiten Debatten innerhalb der radikalen Linken. Auch begegneten wir historischen Diskussionen, wie z.B. der Heinz-Schenk-Debatte, in der vor mittlerweile über dreißig Jahren die gleiche Perspektivlosigkeit der autonomen Linken kritisiert wurde:

In der Arbeit ist nicht zu spüren, wofür wir kämpfen und die Tatsache, nie einmal grundsätzlich seine Fragen einbringen zu können, sondern sich immer nur aufs Neue in Kampagnen hineinstürzen zu können, nervt. Zudem macht die autonome Geschichtslosigkeit vieles schwierig. Da das Wissen um Geschichte nicht als grundsätzliche Voraussetzung für Politik begriffen wird, existiert keine Art ‚kollektives Gedächtnis‘, alle fangen immer wieder am Nullpunkt an. (Die Autonomen machen keine Fehler, sie sind der Fehler!)¹⁰

Dass unsere Kritik also nicht neu war, sondern lediglich Konjunktur hatte, überraschte uns: Offenbar waren wir (erneut) an einem Nullpunkt angekommen. Die Wiederkehr dieser Kritik machte gleichzeitig deutlich, dass es sich offenbar um eine grundlegende Krise der Autonomen Linken handelte, welche bislang nicht gelöst wurde. Für uns war klar, dass es angesichts der veränderten historischen Situation eine aktualisierte Debatte um die Neuausrichtung linksradikaler Politik brauchte. Dementsprechend sollte eine fundamentale Neuausrichtung sowohl die historischen Erfahrungen als auch die veränderten gesellschaftlichen Bedingungen reflektieren. Klar war aber auch, dass eine tiefgreifende Veränderung nicht von einer Gruppe oder Einzelpersonen erdacht und umgesetzt werden kann, sondern dieses Bestreben von vielen Genoss*innen und durch gemeinsame, kontinuierliche Arbeit getragen werden muss. Dafür ist eine lange Phase der (Selbst-)Kritik und der Suche notwendig, die auch heute noch nicht abgeschlossen ist. Von vornherein war daher die Rolle der Strategiekonferenz die eines ersten Schrittes, um den notwendigen Diskussionen einen Raum zu geben.

Das Strategietreffen

Mit dem „Strategietreffen“ wurde an den durch die Strategiekonferenz begonnenen Prozess angeknüpft. Neben der Diskussion um eine mögliche Praxis vor Ort war das Ziel, nach einer

¹⁰Die Heinz Schenk Debatte findet sich online dokumentiert, Siehe Anhang.

umfassenden Strategie für einen gesamtgesellschaftlichen Wandel zu suchen: Einige unserer Fragen waren: Wie kann eine revolutionäre Organisierung in der BRD aussehen? Von welchen Beispielen anderer Bewegungen können wir dafür lernen? Wie müssen wir uns für dieses Ziel organisieren? Die damaligen Gemeinsamkeiten der Teilnehmenden lagen

1. in der Einigkeit darüber, dass es überhaupt wieder eine Strategie braucht, wie wir zur Utopie kommen sowie darüber, dass es dafür eine langfristige und gemeinsame Organisierung braucht;
2. in dem Anspruch, in der Praxis vor allem Menschen zu erreichen, die nicht schon linkspolitisiert und/oder Teil der linken Szene sind, um sich gemeinsam zu organisieren;
3. in der Wichtigkeit einer Klassenperspektive für linksradikale Praxis, um unsere Politik anhand der Lebensrealitäten und Interessen der Ausgebeuteten und Unterdrückten auszurichten;
4. in einem Revolutionsverständnis von unten, d.h. in der Vorstellung, dass ein revolutionärer Prozess von den Lebensrealitäten der lohnabhängigen Klasse ausgehen und von einem Großteil der Gesellschaft insgesamt getragen werden muss;
5. im Anspruch, mit unserer Praxis nicht nur Abwehrkämpfe gegen die verschiedenen Auswirkungen des Kapitalismus zu führen, sondern bereits jetzt, so weit wie möglich, mit dem Aufbau von alternativen Strukturen zu beginnen.¹¹

Dieses anvisierte Projekt einer Neuausrichtung linksradikaler Politik benötigt viel Zeit, Kontinuität und längerfristig angelegte Organisierung. Wir mussten unsere bisherigen Strukturen und Praxisformen grundlegend infrage stellen und nach neuen Antworten suchen. Uns wurde zudem klar, dass wir all diese Fragen nicht rein theoretisch diskutieren können und schlussendlich den Schritt in die Praxis wagen müssen, um unsere weiteren Diskussionen anhand konkreter Erfahrungen führen zu können.

Wir hatten im Strategietreffen versucht, ein Modell linksrevolutionärer Organisierung zu entwerfen, welches unterschiedliche Beteiligungsniveaus und Kapazitäten miteinbezieht, wovon wir uns eine möglichst breite Beteiligung erhofften. Jedoch fehlte uns zu diesem frühen Zeitpunkt – abseits von abstrakt vereinbarten Gemeinsamkeiten – viel inhaltliche Schärfe, die wir an potenzielle Mitstreiter*innen hätten kommunizieren können: Wer ist das Subjekt gesellschaftlicher Veränderung? Welche Form der Praxis wollen wir machen? Welche Strategie verfolgen wir damit? Was ist unsere Analyse der bestehenden Verhältnisse? Viele dieser Fragen konnten wir erst im Laufe unserer weiteren Diskussionen, aber vor allem auch anhand unserer ersten Erfahrungen in der praktischen Basisarbeit wirklich verstehen und beginnen, sie gemeinsam zu beantworten. Entsprechend war der Aufbau einer größeren Organisierung über Kleingruppen hinweg zu diesem Zeitpunkt nicht realisierbar.¹² Im Laufe dieser Zeit haben wir so einige Genoss*innen wieder verloren. Es ist uns nicht gelungen, eine kollektive Diskussion um linksradikale Strategie zu verbreitern. Der Aufbruch, wie wir ihn uns erhofft hatten, konnte so nicht stattfinden.

ROSA und die Notwendigkeit von (revolutionärer) Organisierung

Wir sind so an einen Punkt gekommen, an dem wir beschlossen haben, den Schritt zu einer festeren Organisierung mit klareren Strukturen und mehr Verbindlichkeit zu gehen. Mit der Gründung von ROSA und der Initiative des Stadtteilprojekts Berg Fidel Solidarisch, an der wir weiterhin beteiligt sind, sind so zwei Strukturen entstanden. Uns war klar, dass der Frage nach einem revolutionären Prozess in der BRD nicht in einem Basisprojekt oder an einem Ort alleine begegnet werden kann. Wir haben so die Notwendigkeit gesehen, uns neben dem Aufbau eines Praxis-Projekts weiterhin explizit als radikale Linke zu organisieren.

¹¹ Ein Jahresbericht der Gruppe Strategietreffen über die inhaltlichen Schwerpunkte ihrer Diskussionen von 2017 und Ansätze für eine gemeinsame Praxis findet sich hier: <https://rosams.blackblogs.org/historie/>.

¹² Dies erklären wir uns auch aus der fehlenden Relevanz von Theorie, Analyse und linker Geschichte in dem vorangegangenen Prozess sowie in der autonomen Linken generell. Zusätzlich mangelte es schlicht an Erfahrung mit der Entwicklung von politischen Strategien und einer Organisierung über Kleingruppen hinaus.

Die Antwort auf die Selbstkritik einer linksradikalen Subkultur und autonomen Kleingruppen konnte nicht sein, die radikale Linke gänzlich „zu verlassen“ und uns in der Arbeit in Basisprojekten aufzulösen. Es braucht Orte, an denen wir als revolutionäre Linke zusammenkommen, strategische Diskussionen führen und Positionen entwickeln, die nicht unmittelbar aus einer Alltagspraxis abgeleitet werden können, sondern unser Ziel eines gesamtgesellschaftlichen Wandels in den Fokus stellen. Aus diesen Orten heraus kann und muss auch weiterhin eine Unversöhnlichkeit mit den kapitalistischen Verhältnissen sichtbar gemacht werden.

Revolution als Prozess

Unser Ziel ist eine Welt, in der die Menschen selbstbestimmt und solidarisch zusammenleben. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, die keiner Herrschaft bedarf, weil sie sich durch basisdemokratische Strukturen selbstverwaltet. Die Menschen müssen wieder über die Mittel für ihre (Re-)Produktion verfügen, um nachhaltig und für gesellschaftliche Bedürfnisse produzieren zu können. Eine befreite Gesellschaft bedeutet für uns eine Welt, in die viele Welten passen – in der Unterschiede und Vielfalt überhaupt erst frei existieren können. Wir vertreten ein Revolutionsverständnis, welches die Demokratisierung aller Lebensbereiche und eine dafür nötige Selbstermächtigung der Menschen zu einem entscheidenden Kriterium für einen emanzipatorischen Wandel macht.

Kapitalismus basiert auf Ausbeutung und Unterdrückung von Mensch und Natur. Ihm liegt eine Form der Lohnarbeit zugrunde, die uns von unserem menschlichen Selbst entfremdet. Das kapitalistische System bedarf Formen der Überwachung, die die Menschen disziplinieren und normieren. Die kapitalistische Logik erstreckt sich auf immer mehr Bereiche unseres Lebens. Unterdrückungsstrukturen wie Patriarchat, Rassismus oder Kolonialismus werden davon vereinnahmt und für die kapitalistische Ausbeutung nutzbar gemacht. Diese Grunddynamiken lassen sich durch Reformen nicht ändern. Vor dem Hintergrund der Klimakrise ist die Frage nach einem Ende des Kapitalismus heute zur dringlichsten Frage des Überlebens der gesamten Menschheit geworden. Gleichzeitig können sich heute mehr Menschen das Ende der Welt vorstellen als das Ende des Kapitalismus: Das System erscheint als alternativlos.

Es kann uns als radikale Linke nicht nur um (Reform-)Kämpfe innerhalb des kapitalistischen Systems gehen, sondern wir müssen eine Bewegung aufbauen, die das System als Ganzes angreifen und überwinden kann. Wir halten eine Revolution für notwendig, einen Bruch mit der kapitalistischen Gesellschaftsform sowie den Aufbau einer solidarischen Gesellschaft. Eine dafür notwendige Neuausrichtung muss unseres Erachtens folgende Kriterien erfüllen:

- ! Die Schaffung einer „neuen“ Vision eines Sozialismus von unten, welcher die Selbstermächtigung der Arbeiter*innenklasse in sein Zentrum stellt und nicht in einem erneuten autoritären System endet.
- ! Die Entwicklung einer darauf abzielenden Praxis und entsprechender Organisationsstrukturen, die in eine umfassendere Strategie eingebettet sind.
- ! Die Berücksichtigung der Vielfalt der Unterdrückten und ihrer Kämpfe und die Frage, wie diese einen gemeinsamen politischen Ausdruck finden können, der das gesamte System überwinden will.

Eine Revolution, die eine emanzipatorische Gesellschaft zum Ziel hat, kann nicht nur auf eine ökonomische Veränderung abzielen, sondern macht eine radikale Veränderung des Zusammenlebens und des Bewusstseins notwendig. Als revolutionäre Linke müssen wir die Notwendigkeit und Möglichkeit einer systemischen Veränderung aufzeigen, aber vor allem die Voraussetzungen für einen erfolgreichen revolutionären Prozess schaffen. Wir müssen Praxen entwickeln, durch die immer mehr Menschen in die Lage versetzt werden, Teil eines solchen Prozesses zu werden und sich Fähigkeiten aneignen können, die für Selbstorganisation und ein

solidarisches Zusammenleben notwendig sind. Verbunden mit konkreten Kämpfen gegen das Bestehende müssen wir darin präfigurative Elemente schaffen, also die Möglichkeit eines anderen Zusammenlebens schon heute andeuten und erfahrbar machen.¹³

Zentraler Punkt der Strategiedebatte war auch die Kritik, dass trotz vieler politischer Aktionen und Kämpfe nicht klar wird, *wofür* eine radikale Linke eigentlich kämpft. Wir werden medial meist wahrgenommen und positionieren uns auch selbst als die, die dagegen sind. Wir waren und sind überzeugt, dass eine revolutionäre Linke vor allem auch Hoffnung machen muss auf eine bessere Welt und dazu diese Utopie ein Stückweit beschreiben oder erfahrbar machen muss. Mit dieser Überzeugung haben wir angefangen, unsere Praxis der Stadtteilarbeit zu entwickeln. Denn die Verbindung mit einer konkreten Praxis, in der wir erste Erfahrungen machen, gemeinsam etwas verändern zu können, lässt Utopien wirkmächtig werden. Die Ausrichtung auf revolutionäre Stadtteilarbeit und die Utopiefrage sind also eng miteinander verbunden. In der Praxis versuchen wir, Prozesse von basisdemokratischer Entscheidungsfindung, Selbstorganisation, Solidarität und eine kollektive Kultur zu etablieren. Um den Kapitalismus zu stürzen, brauchen wir eine starke Bewegung von unten, die jedoch bereits heute beginnen muss, Elemente einer anderen gesellschaftlichen Organisation zu leben. Wir begreifen Basisarbeit deshalb als eine Methode, die im Sinne einer präfigurativen Politik schon Elemente des angestrebten Ziels aufbaut und in sich trägt.

Von unten!

Ein emanzipatorischer Wandel der Gesellschaft kann nicht von einem imaginierten Außen¹⁴ kommen, sondern kann nur *von unten* gelingen, vom Großteil der Menschen, die unter den Auswirkungen des kapitalistischen Systems leiden. Damit meinen wir zwei Dinge: Einerseits verweist es auf den demokratischen Anspruch, dass eine Revolution nur dann emanzipatorisch sein kann, wenn sie von den Massen nicht nur toleriert, sondern auch getragen und mitgestaltet wird. Andererseits adressiert „von unten“ die hierarchische Form der Klassengesellschaft. Wir gehen davon aus, dass die Arbeiter*innenklasse Ausbeutung, Entfremdung und Unterdrückung in besonderer Weise erfährt und deshalb das materiell größte Interesse an einer Überwindung des Bestehenden hat. Die Arbeiter*innenklasse war nie und ist heute in der BRD weniger denn je der männliche Industriearbeiter. Der Kapitalismus transformiert sich selbst und damit auch die Zusammensetzung dieser Klasse, die heute durch Leiharbeit, Zeitarbeit, akademische Arbeit, Selbstständigkeit, Erwerbslosigkeit und Reproduktionstätigkeiten vielfach diversifiziert und gespalten ist. Außerdem sucht sich der Kapitalismus mehr und mehr Verwertungsorte außerhalb der Produktion, sodass zunehmend Klassenkämpfe auch außerhalb der Betriebe ausgetragen werden. Zusätzlich wird die globale Arbeiter*innenklasse effektiv geteilt durch z.B. Rassismus, (Standort-)Nationalismus oder Imperialismus. Trotz alledem teilen die meisten Menschen die Notwendigkeit, auf den Verkauf ihrer Arbeitskraft angewiesen zu sein, um sich zu reproduzieren – in welcher Form sie dies auch tun müssen. DIE Arbeiter*innenklasse existiert damit als Potenzial, aber heute nicht als politisches Subjekt. Eine revolutionäre Linke steht vor der Herausforderung das Bewusstsein über die Verbundenheit als Ausgebeutete und Unterdrückte zu stärken. Wir können nicht länger bei Strategien verbleiben, die die Zivilgesellschaft oder eine abstrakte bürgerliche Öffentlichkeit adressieren. Stattdessen müssen wir uns gemeinsam als Klasse organisieren und die unterschiedlichen Interessen der Ausgebeuteten und Unterdrückten in einem politischen Kampf

13 □ Diese präfigurativen Momente, die Hoffnung geben, sind dabei nicht nur noch unpolitisierte Menschen wichtig, die vielleicht noch nie die Hoffnung auf Veränderung hatten, sondern auch für Linksradikale, die sie zum Teil verloren haben.

14 □ Einige Linke vertreten den Standpunkt, dass die Arbeiter*innenklasse aufgrund der kapitalistischen Zurichtung nicht in der Lage ist, eine emanzipatorische Perspektive zu entwickeln oder gar einen Wandel herbeizuführen. Diese Perspektive könne nur von außen kommen. Entsprechend müsse diese Perspektive (in Form von Kritik oder Hoffnung) erst in die Klasse getragen werden, beispielsweise von Intellektuellen, einer Partei oder eben durch die scheinbar außerhalb der Verhältnisse stehende subkulturelle Linke.

verbinden, der auf die Selbstermächtigung der Menschen zur Überwindung des Bestehenden abzielt.

Unser mittelfristiges Ziel ist der Aufbau von Strukturen an der Basis der Gesellschaft, durch die Menschen in ihrem Alltag in Kontakt mit linker Politik, kämpferischen Ansätzen und einer solidarischen Kultur kommen können – und sich längerfristig gemeinsam organisieren. Ausgehend von konkreten Kämpfen, die ein kollektives Interesse beinhalten (Klassenkonflikte) müssen wir hier die Notwendigkeit radikaler Veränderung aufzeigen. Neben den gemeinsamen Kämpfen und gemeinsamer Bildung soll eine solidarische Kultur entstehen genauso wie Möglichkeiten demokratischer Entscheidungsfindung. An solchen Orten können die Ausgebeuteten und Unterdrückten wieder zu politischen Subjekten werden.

Nur durch eine Organisierung von unten können wir einen Weg zu einer Gesellschaft schaffen, die sich an den realen Interessen der Menschen orientiert und von diesen selbst gestaltet werden kann. „Von unten“ verweist somit nicht nur auf das Mittel, sondern auch das Ziel gesellschaftlicher Veränderung: eine sozialistische Gesellschaft freier Individuen, die sich basisdemokratisch von unten nach oben organisiert, in der der Ort des Politischen der Alltag der Menschen ist – die Kommune als kleinster, aber wichtigster Teil einer rätedemokratischen Organisierung der Gesellschaft.

Wenn wir als radikale Linke nicht immer nur eine zufällige Zielgruppe oder eine abstrakte Öffentlichkeit ansprechen wollen, brauchen wir Orte, an denen kontinuierlich soziale Kämpfe und kontinuierliche Prozesse politischer Bildung stattfinden können. Unter den derzeitigen Bedingungen halten wir Stadtteile¹⁵ für geeignet, weil diese neben der Möglichkeit von kontinuierlichem Beziehungsaufbau auch die Verbindung verschiedener gesellschaftlicher Positionierungen und Rollen ermöglichen, aus der das Bewusstsein für eine grundlegende gesellschaftliche Veränderung entstehen kann. Aus diesen Überlegungen haben wir damals bewusst begonnen, eine Praxis in Berg Fidel, einem der prekären und benachteiligten Stadtteile Münsters, zu entwickeln. Doch was ist die Rolle von revolutionären Linken innerhalb dieser Selbstorganisationsprozesse?

Selbstverständnis als Initiativkräfte

Der neoliberale Kapitalismus wirkt der Selbstorganisation der Arbeiter*innenklasse entgegen: Strukturell werden Menschen individualisiert und vereinzelt, sowie auf ihr Dasein als Unternehmer*innen ihrer Selbst reduziert. Für soziale Beziehungen und politische Organisation ist kaum noch Zeit, weil die meisten mit ihrer eigenen Reproduktion oder Zwängen der Selbstoptimierung beschäftigt sind. Die eigenen Probleme und Konflikte werden so individualisiert und an die Eigenverantwortlichkeit abgedrängt, als gäbe es keinen Zusammenhang zwischen unseren Problemen. Genau diese Zusammenhänge sollen verdeckt werden, die Frage des großen Ganzen wird nur noch selten gestellt. Wir bleiben zurück als vereinzelt, ohnmächtige Subjekte, sodass kollektive und solidarische Lösungen zunehmend aus dem Blickfeld geraten und unrealistisch erscheinen.

Diese Tendenzen wirken dem Entstehen von selbstorganisierten Basisstrukturen entgegen. Auch wenn wir auf die Geschichte revolutionärer Bewegungen blicken, wird deutlich, dass revolutionäre und dauerhafte Selbstorganisationsprozesse selten von allein entstanden sind, sondern ihnen meist die organisatorische Arbeit von revolutionären Kräften vorausging.¹⁶

¹⁵ Viele Elemente bisheriger linksradikaler Praxis könnten an diese Orte bzw. Strukturen angegliedert werden. Beispielsweise all die Vorträge und Veranstaltungen politischer Bildung würden so nicht mehr vereinzelt und zufällig stattfinden, sondern Lernprozesse ermöglichen, wenn sie gleichzeitig an konkrete soziale Kämpfe und eine feste Basis angebunden sind.

¹⁶ Ohne starke politische Organisation in Nordsyrien hätte dort während der Krise des Assad Regimes weder eine Autonome Zone errichtet werden können, noch hätte diese gegen den IS verteidigt und somit der Raum für eine Selbstorganisation der Bevölkerung behalten werden können. Ähnliches gilt für den Aufstand der Zapatistas in Chiapas, Mexiko, der ebenfalls ohne die vorangegangene klandestine Organisation der Bevölkerung durch die EZLN nicht denkbar gewesen wäre. Auf der anderen Seite zeigt die Niederschlagung von Aufständen wie denen des arabischen Frühlings, dass Spontanität der Massen allein nicht ausreicht, um zu radikalen Veränderungen zu gelangen und diese gegen Konterrevolutionen zu verteidigen.

Für den Weg zu einer solidarischen und sich selbst organisierenden Gesellschaft müssen wir nicht bei Null anfangen, sondern können auf potenziell emanzipatorische Elemente an der Basis der Gesellschaft zurückgreifen. So ist Solidarität eine Beziehungsform, die sich immer wieder gegen all die Angriffe und Versuche ihrer Zerstörung oder Vereinnahmung durch den Kapitalismus behauptet und sich im Alltagsleben vieler Menschen reproduziert. Für unsere Praxis bedeutet das, dass wir nicht nur reaktive Politik machen und Abwehrkämpfe gegen das schlimmste Übel führen müssen, sondern wir können und müssen an diesen positiven Elementen anknüpfen und sie durch unsere Praxis ausweiten und politisieren. Für die Rolle von Initiativkräften bedeutet das, dass wir als solche nicht von außen kommen und aufgrund von bestimmtem theoretischen oder Bewegungswissen in einem instrumentellen Verhältnis zu „den Massen“ stehen. Vielmehr sind wir Teil der Klasse und haben die Aufgabe zwar unser Wissen und unsere Zeit für die Selbstermächtigung aller zur Verfügung zu stellen, aber ebenso zu lernen, zuzuhören, zu suchen.

Die Diskussion um eine Neuausrichtung linksradikaler Politik und die Hinwendung zu Basisarbeit bedarf damit auch einer Änderung unserer Perspektive: Anstatt die Gesellschaft als geschlossenen Block zu verurteilen und an emanzipatorisches Potenzial (wenn überhaupt) in der eigenen Szene zu glauben, haben wir begonnen, uns auf das widerständige und solidarische Potenzial innerhalb der Arbeiter*innenklasse zu fokussieren. Wir machen in der Basisarbeit die Erfahrung, dass dieses Potenzial durchaus existiert. Es drückt sich aus in unseren alltäglichen Beziehungen zwischen uns, in dem gegenseitigem Wunsch nach Unterstützung z.B. als Nachbar*innen, sowie in der Wut vieler Menschen: auf ihre Arbeitsbedingungen, ihre Vermieter, das Arbeitsamt, die alltägliche Diskriminierung, Politiker*innen und Regierung.

Wir sehen es daher als eine unserer zentralen Aufgaben, als Initiativkräfte gezielt und koordiniert kämpferische und solidarische Strukturen an der Basis der Gesellschaft aufzubauen. Solche Strukturen aufzubauen braucht viel Zeit, eine hohe Verbindlichkeit, theoretische wie praktische Bildung und Diskussionen, eine militante Haltung sowie eine lebendige kollektive Kultur. Eine politische Organisation revolutionärer Initiativkräfte hat andere Aufgaben und muss sich daher anders organisieren als die Basisstrukturen. Eine Organisation als revolutionäre Linke legt beispielsweise einen größeren Wert auf die ideologische Ebene und ideologische Gemeinsamkeiten als organisierte Basisstrukturen, in denen Menschen zunächst einmal aufgrund geteilter sozialer Probleme zusammenkommen. Wir wollen im Folgenden diese beiden Ebenen – den Aufbau der Basisstrukturen und den Aufbau einer revolutionären Organisation – genauer ausführen. Beginnen wir mit dem Aufbau der organisierten Basisstrukturen.

Für den Aufbau einer organisierten sozialen Bewegung

Wir haben uns vor ca. 3 Jahren an der Gründung des Stadtteilprojektes „Berg Fidel Solidarisch“ beteiligt und uns so mit dem Ansatz der „revolutionären Stadtteilarbeit“ einer spezifischen Form der Basisorganisation zugewandt. Einerseits wollten wir so unsere Isoliertheit als linke Szene durchbrechen und andererseits stärker auf die Arbeiter*innenklasse orientieren mit der Hoffnung, die existierenden Unzufriedenheiten innerhalb der Klasse als Ausgangspunkt für eine gemeinsame Organisation zu nehmen. Wir haben begonnen, der Wut einen Raum zu geben, indem wir Angebote machen, uns gegen diese alltäglichen und konkreten Probleme zu organisieren. Hier schließen sich Menschen aufgrund von gemeinsamen Interessen zusammen und erkennen, dass ihre Probleme nicht nur ihre individuellen Probleme sind, sondern strukturelle Ursachen haben. Aber dass sie eben auch veränderbar sind, wenn wir nicht länger damit allein bleiben, sondern uns organisieren, um für ein besseres Leben zu kämpfen. So geht es auf der einen Seite um soziale Kämpfe und politische Bildungsprozesse, in denen wir als Initiativkräfte ein antikapitalistisches Bewusstsein fördern wollen. Auf der anderen Seite geht es um den Aufbau von Organisationsstrukturen, in denen sich die Hoffnung auf Veränderung, Solidarität und Selbstorganisation vermitteln lässt und praktisch werden kann.

Der Aufbau revolutionärer Basisarbeit ist vor diesem Hintergrund mehr als ein Projekt in einem Stadtviertel: Es ist der Versuch, eine organisierte soziale Bewegung aufzubauen als

kollektive Ausdrucksform der Ausgebeuteten und Unterdrückten. Aus der Perspektive der Neuausrichtung linksradikaler Politik ist es der Versuch revolutionäre Politik als Teil der unteren Klasse zu machen – von unten nach links. Was dazu bislang fehlt, ist ein klares Organisationsmodell, durch das wir Menschen über einzelne Mobilisierungen hinaus in unsere Strukturen einbinden können, indem wir unterschiedliche Niveaus der Beteiligung sowie Entwicklungsmöglichkeiten schaffen und überregionale Verbindungen aufbauen. Basisorganisationen sollen den Kampf gegen alltägliche Probleme ermöglichen, politisches Bewusstsein schaffen und so die Menschen selbst zu Träger*innen der Strukturen zu machen. Teil der politischen Bildung muss es sein, die Perspektive zu verankern, dass wir all unsere Probleme nicht im Bestehenden lösen können, sondern dies den Bruch mit den kapitalistischen Verhältnissen bedarf. Das strategische Ziel revolutionärer Basisarbeit ist der Aufbau einer gesellschaftlichen Kraft, die im Antagonismus zu den herrschenden Verhältnissen steht und sich ermächtigt, diesen zu überwinden.

Es geht im Ansatz revolutionärer Basisarbeit nicht nur darum, einzelne Kämpfe zu gewinnen, sondern eine politische Arbeit und Organisation an der Basis der Gesellschaft zu entwickeln, die wir als „Machtaufbau von unten“ bezeichnen können. Ein notwendiger Faktor, damit die Basisstrukturen eine gemeinsame politische Perspektive entwickeln, die über das Erstreiten bestimmter Verbesserungen hinausgeht, ist der Aufbau überregionaler Organisationsstrukturen. Dafür braucht es die Verbindung vieler Stadtteilprojekte oder Projekte an anderen Orten, an denen sich Menschen längerfristig zusammenschließen, um für eine konkrete Verbesserung ihrer Lebenssituation zu kämpfen. Eine organisierte soziale Bewegung lebt von der Spontaneität der konkreten Kämpfe ebenso wie von klar organisierten Strukturen, die einer solchen Bewegung ein Rückgrat schaffen.

Vor dem Hintergrund des Ziels einer gesamtgesellschaftlichen Veränderung müssen wir die Praxis und Strukturen der Basisarbeit weiterentwickeln. Wir arbeiten bewusst auf die Verbindung der (schon bestehenden und neu entstehenden) verschiedenen Stadtteilprojekte hin und darauf, einen Austausch der verschiedenen Erfahrungen sowie verbindliche Strukturen der Zusammenarbeit zu schaffen. Daraus kann dann zunehmend eine Stadtteilarbeitsbewegung bzw. organisierte soziale Bewegung entstehen, die gemeinsame Ziele und Strategien verfolgt. Dafür muss es auch darum gehen, weitere Stadtteilarbeitsprojekte aufzubauen. Ein Projekt wie „Berg Fidel Solidarisch“ ist darin ein erster Schritt und ein erstes Feld für praktische Erfahrungen, aber eben nicht das Ziel an sich. Es geht uns um den Aufbau eines gänzlich neuen Politik- und Organisationsmodells und einer politischen Bewegung, die kämpferische Selbstorganisation der Arbeiter*innenklasse in ihr Zentrum stellt.

Eine revolutionäre Linke aufbauen

Für eine Entfaltung dieses Politikansatzes im Sinne eines gesamtgesellschaftlichen Wandels braucht es neben der Entwicklung von Organisationsmodellen an der Basis weitere Elemente: die Verbreitung einer eigenen Erzählung über eine gesellschaftliche Alternative, Bildungsstrukturen für Initiativkräfte und eine permanente Beschäftigung mit den sich verändernden Bedingungen, unter denen wir kämpfen. Letzteres bedeutet eine Bestimmung davon, wo sich gesellschaftlich Ansatzpunkte für revolutionäre Politik bieten und eine entsprechende Reflexion der momentanen Praxis vor unserem Ziel eines revolutionären Wandels.

Diese Elemente stehen in Basisorganisationen nicht im Fokus und brauchen einen eigenen Raum. Wir halten deshalb den Aufbau einer überregionalen politischen Organisation von linksrevolutionären Initiativkräften für notwendig, die neben der Arbeit an der geschaffenen Basis und deren bewussten Weiterentwicklung zu größeren Organisationsprozessen die oben genannten Aufgaben übernehmen kann. Eine revolutionäre Organisation, die sich als Teil der radikalen Linken versteht und deren Mitglieder in sozialen Kämpfen sowie in den Basisstrukturen aktiv und verankert sind. So sollte sie in der Lage sein, die real stattfindenden Kämpfe innerhalb der

Gesellschaft anzusprechen, deren revolutionäre Potenziale zu stärken und den Menschen einen politischen Rahmen und eine politische Perspektive – einen theoretischen wie praktischen Weg in Richtung Befreiung – aufzuzeigen.

Trotz der vielen überregionalen Diskussionen um eine Neuausrichtung linksradikaler Politik und revolutionäre Basisarbeit in den letzten Jahren haben weniger Überlegungen in Richtung des Aufbaus einer gemeinsamen politischen Organisation von Initiativkräften stattgefunden, die mit dem Aufbau revolutionärer Basisarbeit in Verbindung steht.¹⁷ Prozesse, die auf der Ebene politischer Organisierung stattgefunden haben – wie der Selber-Machen-Kongress und anschließend der Kongress der Kommunen – sind gescheitert. Wir sehen die Gefahr, dass so der Aspekt der gesamtgesellschaftlichen Veränderung, ebenso wie unser Selbstverständnis als revolutionäre Linke in den Anforderungen der Praxis verloren geht oder stark in den Hintergrund rückt. Im Vergleich zum Beginn der Strategiedebatten ist Basisarbeit häufig zum Selbstzweck geworden und wurde von der Frage der Organisierung getrennt, sodass die gemeinsame Suchbewegung sich in viele kleine und vereinzelte Projekte aufgelöst hat. Auf der anderen Seite stehen linksradikale Gruppen, die sich wieder enttäuscht von der Idee revolutionärer Basisarbeit abwenden, weil sie in ihr keine revolutionäre Perspektive erkennen können und letztlich wieder am falschen Dualismus von Reform und Revolution scheitern.¹⁸ Eine revolutionäre Perspektive kann sich aber nie aus einer Praxisform alleine ergeben, sondern nur aus dem Zusammenspiel von Praxis und Organisierung.

Wir wollen uns ausgehend vom politischen Ansatz der Basisorganisierung mit den Fragen des Aufbaus eines revolutionären politischen Zusammenhangs beschäftigen, der Basisarbeit als Teil einer die gesamte Gesellschaft betreffenden Strategie einordnen und weiterentwickeln kann. Wir wollen den Weg und die Aufgaben einer revolutionären Organisation jenseits von autoritären kommunistischen Ansätzen und einer subkulturellen linksradikalen Szene suchen. Wir wollen eine Organisation aufbauen, die immer primär auf die Selbstermächtigung der Menschen anstatt auf den eigenen Machtaufbau der Organisation orientiert.

Wir sind nicht diese Organisation und können es auch nicht sein. Wir betrachten dies als offene Frage, die wir uns zu einem Zeitpunkt stellen, an dem die Linke (in der BRD) historisch am Boden ist. Diese Fragen und Aufgaben kann keine Gruppe alleine beantworten. Vielmehr braucht es einen überregionalen politischen Zusammenschluss, der sich zum jetzigen Zeitpunkt vor allem als gemeinsamer Suchprozess versteht und möglicherweise verstetigen kann.

Internationalismus!

Für einen Kampf gegen den Kapitalismus existiert eine politische (und nicht nur moralische) Notwendigkeit internationalistischer Politik. Wir müssen die Erkenntnis zurückgewinnen, dass unsere Lebens- und Kampfbedingungen hier in den kapitalistischen Zentren aufs Engste mit den Lebensbedingungen der Menschen im Globalen Süden verknüpft sind. Wir wollen dazu beitragen, eine neue Form des Internationalismus aufzubauen, indem wir unsere Kämpfe und Organisierung als revolutionäre Linke hier wieder als Teil des globalen Kampfes gegen Ausbeutung und Unterdrückung verstehen. Ein Internationalismus, der in der Praxis lediglich bei passiven Solidaritätsbekundungen verbleibt, reicht dafür nicht aus. Wir müssen in der BRD gegen das gleiche System kämpfen, das für so viel Zerstörung und Elend auf der ganzen Welt verantwortlich ist. Für eine *aktive* internationalistische Praxis müssen wir also hier am Aufbau einer gesellschaftlichen Bewegung arbeiten, die in der Lage ist, sowohl Antworten auf unsere sozialen Probleme, mit denen wir in der BRD konfrontiert sind, zu finden als auch effektive Solidarität mit Kämpfenden auf der ganzen Welt zu entwickeln.

¹⁷ □ Betrachtungen dazu finden sich z.B. in zwei Reflektionen von Emanuel Kapfinger sowie in dem „Nachbereitungspapier des Selber-Machen-Kongresses 2017“ (vgl. Literaturverzeichnis)

¹⁸ □ „Es zeigt sich, dass weder die systemimmanenten Einzelforderungen reiner Interessenkämpfe noch die scheinbar außerhalb des Systems stehenden Forderungen nach der Abschaffung des Kapitalismus ihr Ziel erreichen können – es mangelt ihnen am jeweils Anderen“ (Der kommende Aufprall, S.8).

Migrant*innen und nachfolgende Generationen bilden heute einen großen Teil der Arbeiter*innenklasse in der BRD. Häufig haben diese noch Verbindungen in ihre Herkunftsländer (oder die der [Groß-]Eltern) und haben nicht nur vor Ort mit Rassismus, Amt, Miete, Lohn usw. zu kämpfen, sondern werden auch von den Geschehnissen in diesen Ländern bewegt. Um diese Menschen zu erreichen und gemeinsame emanzipatorische Perspektiven zu entwickeln braucht linksradikale Politik eine internationalistische Perspektive, die in grundsätzlicher Solidarität mit fortschrittlichen Bestrebungen andernorts steht. Dafür müssen wir daran arbeiten, die Trennung von deutscher und migrantischer Linker zu überwinden. Der Aufbau einer revolutionären Organisation muss eine gemeinsame Organisation als deutsche und migrantische Linke sein, in der wir zusammen eine gesellschaftliche Perspektive und Praxis für die BRD und darüber hinaus aufbauen und uns gegenseitig stärken.

Fragend schreiten wir voran

In der gemeinsamen Organisation – zuerst im Strategietreffen und später als ROSA – haben wir den Suchprozess nach einer Neuausrichtung linksradikaler Politik verstetigt. Mit der Beteiligung an der Organisation von Berg Fidel Solidarisch können wir zumindest im Ansatz unserem Anspruch nachkommen, die Neuausrichtung nicht ausschließlich am Schreibtisch zu diskutieren, sondern in der Praxis zu entwickeln. Wir begreifen ROSA als Ort, an dem wir uns mit den offenen Fragen dieses politischen Ansatzes aus einer revolutionären Perspektive beschäftigen können, sowie Stück für Stück auch die nötigen Strukturen einer politischen Organisation dafür weiterzuentwickeln.

Im Prozess der letzten Jahre haben wir unsere politische Arbeit bei ROSA schematisch auf drei Säulen verteilt, die auch zukünftig wichtig bleiben.

1. revolutionäre Stadtteilarbeit als Form der Praxis und Organisation der Arbeiter*innenklasse (weiter) zu entwickeln und aufzubauen;
2. die Arbeit in der radikalen Linken, worunter die Beteiligung an Debatten genauso fällt wie die Beteiligung an bestimmten Aktionen;
3. der Aufbau einer nicht nur lokalen politischen Organisation, die sich ebenfalls am Aufbau einer organisierten sozialen Bewegung orientiert.

Im folgenden Abschnitt wollen wir die Themen vorstellen, mit denen wir uns aktuell auseinandersetzen und die für uns noch offene Fragen mit sich bringen.

Politische Bildung

Politische Bildung ist eine zentrale Stütze einer erfolgreichen und längerfristigen linksrevolutionären Organisation. Dabei geht es uns nicht darum, uns auf eine historische revolutionäre Strömung festzulegen und diese dogmatisch auswendig zu lernen. Vielmehr wollen wir uns fortlaufend Wissen über verschiedene linke Ansätze und Debatten aneignen, um einerseits unsere Praxis in diesen wichtigen Diskussionen und in linker Geschichte zu verorten. Andererseits möchten wir so unsere Idee eines revolutionären Wandels und eines Sozialismus von unten mit einer eigenen Theorie und Erzählung unterfüttern. Solche inhaltlichen Übereinkünfte sind außerdem die Voraussetzung dafür, neue Genoss*innen auf den Stand unserer gemeinsamen Diskussionen zu bringen und in eine bestimmte Art des Nachdenkens über gesellschaftliche Veränderung einzuführen. Politische Bildung verstehen wir somit nicht allein als individuelle Aufgabe, vielmehr muss Bildung auch als Teil einer gemeinsamen Organisation vermittelt werden. Sie ist somit ein kontinuierlicher Arbeitsbereich, in dem wir uns eine theoretische Grundlage für die Praxis schaffen und in dem wir nach Antworten auf die Fragen gesellschaftlicher Veränderung suchen. Eine dieser Fragen ist jene nach der Utopie.

Wofür wir kämpfen

Dies ist eine Frage, die in den Anfängen unserer Diskussion viel Platz eingenommen hat und im weiteren Verlauf wieder in den Hintergrund geraten ist. Eine revolutionäre Linke muss über die Fähigkeiten verfügen in sozial-politischen Auseinandersetzungen die Grenzen, sowie die emanzipatorischen Potenziale in diesen Kämpfen zu erkennen und zu stärken. Zudem ist es ihre Aufgabe die Hoffnung und Sehnsucht auf eine andere Gesellschaft zu wecken. Vor allem dieses „wofür?“ kann Kraft geben, weiter zu kämpfen. Neben der praktischen Basisarbeit, die wir in Teilen als präfigurative Politik betrachten, braucht es eine theoretische Beschäftigung, wie eine sozialistische Gesellschaft aussehen kann. Antworten ergeben sich nicht ohne weiteres aus unserem alltäglichen Leben und politischen Praxis. Wir wollen uns daher in der weiteren Zukunft wieder bewusster der Frage der Utopie im Sinne einer gesellschaftlichen Alternative zuwenden.

In diesem Zwischenstandsbericht versuchen wir, dass wofür wir kämpfen, mit Begriffen wie „Sozialismus von unten“ und „Rätedemokratie“ zu beschreiben. Dabei verstehen wir darunter keine am Reißbrett entworfenen Formen der gesellschaftlichen Organisation, sondern die kollektive Auseinandersetzung der sich befreienden Massen über das gesellschaftliche Zusammenleben. Das grundlegende Ziel eines solchen Prozesses sind klar: Wir wollen das Ende systematischer Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse. Es gibt ein gesamtgesellschaftliches Misstrauen gegen die profitorientierte Politik und eine Sehnsucht nach einem bedürfnisorientierten, solidarischen Zusammenleben. Es ist die Aufgabe einer revolutionären Linken, genau darauf Antworten zu liefern - nicht in abgehobenen Debatten, sondern im Aufbau einer anschlussfähigen, linken Praxis mit der Vision auf eine sozialistische Gesellschaft, die antiautoritär und selbstorganisiert ist. Wir fühlen uns verbunden mit internationalistischen Ansätzen der Gesellschaftsveränderung, die beginnend auf den kleinsten Ebenen von unten nach oben Strukturen der Selbstverwaltung aufbauen.

Feierabendpolitik gemeinsam überwinden

Zudem wollen wir einen Anspruch aufgreifen, der in der Diskussion um die Strategiekonferenz eine prominente Rolle gespielt hat, und den wir bisher nicht einlösen konnten. Wir wollen unsere Form der Feierabendpolitik überwinden, also unseren gesamten Alltag politischer gestalten. Dies kann nicht gelingen, indem wir uns durch überhöhte Ansprüche an die Einzelnen in den Burnout treiben, sondern nur, indem wir kollektive, uns unterstützende Strukturen schaffen. Es geht um die Frage der nachhaltigen politischen Organisierung, die unsere gesamte Existenz miteinbezieht – ohne den Fokus auf gesamtgesellschaftliche Veränderung zu verlieren.

Wir können festhalten, dass jede Person weiterhin relativ für sich schauen muss, wie sie über die Runden kommt und sich die eigene Zukunft vorstellt. Diese Entscheidungen über unsere Lebensgestaltung verbleiben letztlich bei den Einzelnen, sollten aber gleichzeitig kollektiv in Verbindung zu unserer politischen Arbeit gesetzt werden. Durch kollektivere Prozesse kann der Druck der Eigenverantwortung verringert werden und Auswirkungen individueller Entscheidungen auf die politische Arbeit können gemeinsam diskutiert werden.

Wir denken, dass eine „Politisierung“ unseres eigenen Alltags im Sinne des Aufbaus eigener Strukturen wie Wohnzusammenhängen, Arbeitskollektiven etc. eher zu einer Verfestigung unserer Abschottung in linken Szenestrukturen führen würde. Stattdessen verfolgen wir den Weg, aktiv Strukturen von Selbstorganisation innerhalb der Arbeiter*innenklasse aufzubauen. Dass diese Aufbauarbeit jedoch nicht immer sofort mit unserem eigenen Alltag und unseren eigenen Problemen zusammenhängt, ist ein Widerspruch, den wir in Zukunft gemeinsam bearbeiten wollen. Hierzu zählt auch das gesteckte Ziel, verinnerlichte neoliberale Denkmuster zu überwinden sowie der Anspruch, politische Arbeit solidarisch und ohne Selbstoptimierungswahn zu organisieren. Auf die Gefahr hin, dass wir uns wiederholen, geht es uns nicht um individuelle Optimierung durch

Leistungssteigerung und Entsagung, sondern um den kollektiven Kampf gegen die Zurichtungen der Menschen durch das kapitalistische Systems. Ein Kampf für die Herausbildung von militanten, nach wirklicher Freiheit und solidarischem Zusammenleben strebenden Persönlichkeiten.

Überregionale Organisierung

Nach dem Niedergang des Realsozialismus, zu Beginn der Klimakatastrophe und Veränderungen politisch-ökonomischen Herrschaft in der Pandemie bei gleichzeitiger Perspektivlosigkeit und Marginalität der radikalen Linken stehen wir vor historischen Fragen und Aufgaben, denen wir nur organisiert mit einer gemeinsamen Strategie begegnen können. Weder unsere theoretischen, strategischen oder praktischen Fragen können und wollen wir als isolierte Kleingruppe abschließend beantworten. Wir betrachten uns weiterhin als Teil eines kollektiven Suchprozesses, in dem wir einen Beitrag zur Organisierung revolutionärer Kräfte leisten.

Zusätzlich braucht es weitere Diskussionen in der radikalen Linken vor Ort, z.B.: Wie können wir vor Ort zusammenkommen, um über gemeinsame Strategie und Organisierung zu sprechen? Warum scheitern diese Prozesse – sowohl lokal als auch überregional – immer wieder? Und was ist aus dem vergangenen Scheitern zu lernen? Was sind die Voraussetzungen für eine größere emanzipatorische Organisierung? Wie kann auch in sozialen Bewegungen gezielter auf Selbstermächtigung und Aufbau von gesellschaftlichen Selbstorganisationsstrukturen/Macht von unten hingewirkt werden? Dies sind Fragen, an deren Diskussion wir in Zukunft auch in Münster weiter diskutieren möchten.

Ausblick

Anfang März 2022 ist die Kampagne ALL POWER TO THE PEOPLE gestartet. Ziel der Kampagne ist es, den Diskussionen über Formen revolutionärer Basisarbeit wieder einen Raum zu geben, unser Konzept zur Debatte zu stellen und weitere Mitstreiter*innen für den Aufbau einer organisierten sozialen Bewegung zu gewinnen: unser Ziel ist, noch in diesem Jahr ein weiteres Stadtteilprojekt in Münster aufzubauen. So werden wir die Praxis an verschiedenen Orten, aber in einem gemeinsamen Organisationsprozess weiterentwickeln. Wir denken, dass wir daran anschließend auch die Aufgaben und die Rolle einer politischen Organisation weiter bestimmen können.

Wir haben in den letzten Jahren wichtige Erfahrungen gemacht und im hier skizzierten Prozess einen Kurs bestimmen können, wie wir weitergehen wollen. Wir wissen, dass linke Praxis generell ständig überprüft werden muss. Wir stehen heute, nach mehr als fünf Jahren gemeinsamer Suche – dem Zusammenspiel aus theoretischen Diskussionen, kritischer Analyse und praktischen Erfahrungen – an einem neuen Anfangspunkt: Wir werden eine organisierte soziale Bewegung aufbauen. Wir laden euch ein, Teil des Aufbaus einer solchen Bewegung zu werden. Von unten nach links!

Literatur:

Alexander Klaws (2016): „Für Feminismus“ Im Reader der Münsteraner Strategiekonferenz 2016. Online unter: https://rosams.blackblogs.org/wp-content/uploads/sites/979/2019/10/reader_startko.pdf

Antifa Kritik und Klassenkampf (2015): Der kommende Aufprall. Auf der Suche nach der Reißleine in Zeiten der Krise. Online unter: <http://akkffm.blogspot.de/2015/04/02/der-kommende-aufprall/>

Bündnis gegen Abschiebungen Münster (2015): „Solidarisches Protestcamp“. Online unter: <http://buendnismuenster.blogspot.eu/aktionen/wartburgschule-camp/solidarisches-protestcamp/>

Einige Teilnehmer*innen des Kongresses (2018): Nachbereitungspapier des Selber-Machen-Kongresses 2017. Online unter: <https://rosams.blackblogs.org/wp-content/uploads/sites/979/2022/03/22.03.2018-Nachbereitungspapier-des-Selber-Machen.pdf>

Heinz Schenk (1992): „Die Autonomen machen keine Fehler, sie sind der Fehler!“ Online unter: https://fels.nadir.org/multi_files/fels/heinz-schenk-debatte_0.pdf

Kapfinger, Emanuel (2019): „Probleme im Prozess zum überregionalen antikapitalistischen Zusammenschluss“. Online unter: <https://revolmag.org/articles/probleme-im-prozess-zum-%C3%BCberregionalen-antikapitalistischen-zusammenschluss/>

Kapfinger, Emanuel (2020): „Kommunistische Diskussionsclubs“. Online unter: <https://www.autonomie-magazin.org/2020/07/kommunistische-diskussionsclubs/#comments>

Kollektiv (2016): „11 Thesen für eine grundlegende Neuausrichtung linksradikaler Politik – Kritik & Perspektiven um Organisation und revolutionäre Praxis“. Online unter: <https://linkezeitung.de/2016/05/24/11-thesen-ueber-kritik-linksradikaler-politik-organisation-und-revolutionaere-praxis/>

Komitee für eine revolutionäre Perspektive (2015): „...wir müssen reden. Gedanken zur Perspektive linksradikaler Politik in Münster“. Online unter:

<https://linksunten.indymedia.org/en/node/150713/unfold/all/index.html#comment-154319>

Reader: „...lasst uns Reden! Konferenz zu linksradikaler Strategie und Organisation in Münster“ (2016). Online unter [https://rosams.blackblogs.org/wp-](https://rosams.blackblogs.org/wp-content/uploads/sites/979/2019/10/reader_startko.pdf)

[content/uploads/sites/979/2019/10/reader_startko.pdf](https://rosams.blackblogs.org/wp-content/uploads/sites/979/2019/10/reader_startko.pdf)

Strategietreffen (2017): „Bericht zum Strategietreffen 2017“. Online unter:

[https://rosams.blackblogs.org/wp-](https://rosams.blackblogs.org/wp-content/uploads/sites/979/2019/10/Transformation_jahresbericht-Strategietreffen-2017.pdf)
[content/uploads/sites/979/2019/10/Transformation_jahresbericht-Strategietreffen-2017.pdf](https://rosams.blackblogs.org/wp-content/uploads/sites/979/2019/10/Transformation_jahresbericht-Strategietreffen-2017.pdf)